

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 6

Artikel: Abkehr vom Marxismus?
Autor: Helveticus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ABKEHR VOM MARXISMUS?

VON HELVETICUS

Der «historische Tag in Frankfurt»

Am 30. Juni 1951 erfolgte in Frankfurt am Main die *Neugründung der sozialistischen Internationale*. Es handle sich nicht um eine neue Internationale, sondern nur um die Eröffnung einer neuen Phase in der Geschichte der Internationale, die am 28. September 1864 in St. Martin's Hall in London unter der maßgebenden Mitwirkung von Karl Marx ins Leben gerufen wurde, umschrieb Julius Braunthal, der administrative Sekretär der internationalen sozialistischen Konferenz, vor ihrem Zusammentritt den Sinn der Tagung.

An ihr waren die sozialdemokratischen Parteien aus 34 Staaten vertreten. Sie verkörpern eine Kraft, deren Einfluß auf das politische Geschehen der letzten Jahrzehnte niemand übersehen wird. Aber die sozialistische Machtentfaltung vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich die Erwartungen, die vor mehr als acht Jahrzehnten an die Gründung der Internationale geknüpft wurden, nicht erfüllten. Der «brüderliche Bund unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder», wie er zu ihrer Befreiung geschaffen worden ist, zerbrach immer wieder an *inneren Richtungskämpfen* und weil sich die *nationale Bindung* der Arbeiter viel stärker erwies, als ihre internationale Solidarität.

So folgte der «Internationalen Arbeiter-Association» des Jahres 1864, die anarchistische Strömungen zerrissen, die *zweite Internationale* von 1889. Diese pries Wilhelm Liebknecht im Kongreßprotokoll als «ewigen Bund des Friedens, der Freiheit und der Gleichheit», und von den Verhandlungen sagte er, sie seien von einem «frischen, siegesbewußten Welteroberungsgeist» durchweht worden. In einer Resolution wurde die Einigung als die «unerläßliche Vorbedingung für die Befreiung des Proletariates» bezeichnet. Das vermochte indessen nicht zu verhindern, daß schon damals die Vertreter der revolutionären und der reformistischen Richtung getrennt tagten, und nachdem nachher während eines Vierteljahrhunderts die tragende Idee aller Arbeiterkongresse die Verhinderung eines Krieges war, zerstörte über Nacht das Feuer des ersten Weltkrieges den ewigen Bund des Weltproletariates. Im Jahre 1923 wurde in Moskau die kommunistische dritte Internationale ins Leben gerufen; 1924 sammelten sich die Trotzlisten um eine vierte Internationale, die freilich nie irgendwelche Bedeutung erlangte.

Die neu geschaffene Internationale als IV. oder V. zu be-

zeichnen, wäre müßig, wurde in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz über den «historischen Tag in Frankfurt» geschrieben. Sie werde als Internationale des demokratischen Sozialismus in die Geschichte eingehen; praktisch sei sie die *Fortsetzung* der zweiten Internationale. Als deren Ziel war am Pariser Kongreß von 1889 die Expropriation des Kapitals und die gesellschaftliche Besitzergreifung der Produktionsmittel bezeichnet worden, weil die kapitalistische Produktionsweise zunächst die «steigende Ausbeutung» und darauf «die politische Unterdrückung, ökonomische Unterjochung und physische wie moralische Degeneration der Arbeiterklasse» bedeute.

Zwischen dem Pariser Kongreß und der Erneuerung der zweiten Internationale in Frankfurt liegt aber eine Entwicklung der staatlichen Ordnung und der sozialen Verhältnisse, stehen ferner Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Parteien selbst und Scheidungen der Geister, daß heute diejenigen, welche ins Zentrum ihrer programmatischen Erklärungen die Absage an den revolutionären Kommunismus stellen, im Ernste nicht behaupten werden, ihre Gründung bilde die Fortsetzung der zweiten Internationale, so wie sie uns aus dem Protokoll des Pariser Kongresses von 1889 überliefert wird. Der historische Gehalt der Frankfurter Tagung der internationalen Sozialdemokratie liegt vielmehr in der *Anerkennung* von Gütern und von Idealen, mit denen erst die *kapitalistische Zeit* die Menschheit beglückte, sowie in der aus der Erfahrung eigener Regierungstätigkeit gewonnenen Besinnung auf das Mögliche.

Ein «Neun Monate-Kind»

Vor einem halben Jahrhundert hat der deutsche Sozialdemokrat Bernstein, während Jahren sozialistischer Redaktor in der Schweiz, geschrieben, die *Sozialistenkongresse* stünden, mehr als die Veranstaltungen anderer Parteien, «unter dem Einfluß des Agitations- und *Demonstrationsbedürfnisses*», und der Revisionist Herkner¹⁾ sagte vom Gehalt und Wert ihrer Kundgebungen:

«Bei den großen Gegensätzen, die der Sozialismus von Nation zu Nation und sogar innerhalb der einzelnen Nationen selbst aufweist, müssen die Resolutionen (internationaler Sozialistenkongresse. Der Verf.), wenn sie die für die Wirkung nach außen hin erforderliche große Mehrheit oder Einstimmigkeit erlangen sollen, natürlich noch verschwommener, *vieldeutiger*, *unaufrichtiger* abgefaßt werden als die Beschlüsse der nationalen Parteikongresse».

Was anerkannte Sozialpolitiker und Nationalökonomien den vielen sozialistischen Aufrufen an die Welt von der Inauguraladresse eines

¹⁾ Prof. Dr. Heinrich Herkner: «Die Arbeiterfrage» (Berlin 1916), S. 486.

Marx bei der Gründung der ersten Internationale bis zu den Resolutionen des Basler Friedenskongresses von 1912 nachsagten, hat auch Gültigkeit für die Kundgebungen der Internationale, seitdem der Sozialismus — wir zitieren die jüngste Frankfurter Erklärung — «aus der Phase der Werbung für seine Idee in die Phase ihrer Verwirklichung» getreten ist. So war die Abfassung der Monate vor ihrer Veröffentlichung als epochemachend angekündigte «*Prinzipienerklärung des demokratischen Sozialismus*» keine leichte Sache. Es sei

«ein kühnes Unterfangen, in einer Zeit des Umbruches und des ideologischen Wirrwarrs zu versuchen, das Weltbild des demokratischen Sozialismus und seine Stellung zu den brennenden Fragen der Zeit in einer kurzen Erklärung festzulegen, die allen Problemen gerecht wird und doch allgemein verständlich ist»,

rühmte man die über *anderthalb Jahre* sich erstreckende *Vorbereitung des Appelles* durch die Comisco. Der Berichterstatter in Frankfurt sprach von einem «Neun Monate-Kind» — neun Monate angestrengter Arbeit einer Redaktionskommission seien der Konferenzentscheidung vorangegangen. Trotz dieser gründlichen Erdauerung wurde «entgegen den Erwartungen» in letzter Minute die Abstimmung um zwei Tage verschoben, weil bei der Behandlung die Delegierten Frankreichs und Deutschlands in der Versammlung Einwendungen gegen den Wortlaut erhoben.

Während Dr. Hans Oprecht, der Führer der schweizerischen Delegation, der schließlich gutgeheißenen Kundgebung nachrühmte, sie bilde einen ernsthaften Versuch, «der politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie dem Kommunismus und Kapitalismus gegenüber eine saubere und eindeutige ideologische Plattform zu schaffen» («Volksrecht» vom 3. Juli), berichtete der Berichterstatter drei Tage später in der gleichen Zeitung, die Kundgebung sei «*nicht die Prinzipienerklärung des demokratischen Sozialismus*». Man habe es vermieden, der Deklaration, wie es ursprünglich beabsichtigt war, diesen Titel zu geben.

Man versuchte auch nicht, dogmatische Streitfragen zu schlichten, sondern begnügte sich mit einer Darlegung der Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, «die alle Parteien unterschreiben können und unterschrieben haben». Es sei darum gegangen, allen begreiflich zu machen, daß «der demokratische Sozialismus die einzige Alternative gegenüber Kapitalismus und Bolschewismus» sei, die einem jeden ein Leben in Freiheit, Frieden und sozialer Sicherheit verbürge. «Ohne das Gedankengut des Sozialismus zu verwässern», werbe man auch bei jenen um Verständnis, «bei denen — das gilt zum Beispiel für Kanada — der himmelweite Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kominformismus noch nicht klar» sei. Die

schweizerische sozialdemokratische Presse versicherte, «*ohne sich zum Marxismus zu bekennen*», bedeute die Erklärung «*keine Abkehr von irgendwelchen Dogmen*», wie das in Zeitungen der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen war, deren Sprecher, Dr. Schumacher, sich an der Frankfurter Tagung leidenschaftlich gegen jede «Restoration» ausgesprochen hatte. Den Zweiflern in den eigenen Reihen, ob es sich um eine marxistische Erklärung oder um eine Abkehr vom Marxismus handle, wird bedeutet, die Fragestellung sei eine vollkommen falsche.

Die Geschichte als Lehrmeisterin

Die ungeheure, vielen Konferenzteilnehmern unlösbar erschienene Aufgabe der Kommission, welche die Frankfurter Erklärung zu redigieren hatte, war, «die Erfahrungen von mehr als einem Menschenalter der sozialistischen Arbeiterbewegung mit den Erkenntnissen der Gegenwart zu vermählen». Um den *Irrtum* über das soziale Geschehen in einer kapitalistischen Welt, auf den *Karl Marx* seine Irrlehre aufbaute, in seiner ganzen Tragweite zu erfassen, genügt ein Blick in die von ihm stammende «*Inauguraladresse*», die Prinzipienklärung der ersten Internationale. Noch Jahre nach dem ersten Weltkrieg und der Schilderhebung des Kommunismus in Rußland meinte der Sozialdemokrat Karl Kautsky, sie stehe unter den von Marx für die Propaganda im Proletariat verfaßten Schriften gleich hinter dem Kommunistischen Manifest.

In jenem Weckruf zur Sammlung der Proletarier aller Länder heißt es:

«Überall sinkt die große Masse der Arbeiterklasse tiefer ins Elend herab, zum mindesten im Verhältnis zum Aufsteigen der oberen Klassen auf der sozialen Stufenleiter. Und so ist es jetzt in allen Ländern eine Wahrheit geworden, erwiesen für jeden vorurteilslosen Geist und geleugnet nur von denen, die ein Interesse daran haben, andere durch falsche Erwartungen irrezuführen, daß keine Vervollkommnung der Maschine, keine Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion, keine Verbesserung der Verkehrsmittel, keine neuen Kolonien, keine Auswanderung, keine Eröffnung neuer Märkte, kein Freihandel, noch alle diese Dinge zusammengenommen das Elend der arbeitenden Massen beseitigen werden, sondern daß auf der jetzigen falschen Basis im Gegenteil jede neue *Entwicklung der Produktivkräfte* der Arbeit dahin führen muß, die *sozialen Unterschiede* zu vertiefen und die sozialen Gegensätze zuzuspitzen. Während dieser berausenden Epoche ökonomischen Fortschrittes erhob sich der *Hungertod* fast zum Rang einer sozialen Einrichtung in der Hauptstadt des britischen Reiches. In den Annalen der Weltgeschichte ist diese Epoche gekennzeichnet durch die raschere Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödlichere Wirkung der sozialen Pest, genannt kommerzielle und industrielle Krise».

Der von den Sozialisten bis in die jüngste Vergangenheit als zuständigster Deuter und Knder des gesellschaftlichen Geschehens anerkannte Gründer der Internationalen Arbeiter-Association glaubte, die industrielle Produktion würde mit der *Konzentration* des Besitzes in wenigen Händen die Arbeiter entrechten und aushungern, ihr Mangel an Kaufkraft werde die Welt in eine *ewige Krise* stürzen, die wieder zu *Kriegen* führen müsse. Dem Krieg, Krise und Unterdrückung folge die Erhebung der Masse mit der «Expropriation der Expropriateure».

In den ebenfalls am ersten Kongreß der Internationale beschlossenen *Statuten* wurde erklärt, daß «*konomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit zu Grunde liegt*» und daß «*die Emanzipation der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst erobert*» werden muß. Auf die Verelendungstheorie stützte sich die Philosophie des Klassenkampfes und die Forderung der Diktatur des Proletariates. Diese sollte die klassenlose sozialistische Gesellschaft verwirklichen, in der die Arbeiter in wachsendem Maße der Güter der Welt teilhaftig würden.

Keine der Vorhersagen, mit denen Marx seine Lehre begründete, hat sich erfüllt: die kapitalistische Konzentrationsbewegung fand ihre natürliche Grenze; neben den Großen vermochten sich die Kleinen zu behaupten und es entstanden neue selbständige Existenzen und breite Mittelschichten. Statt der Verelendung erlebten wir in den Industriestaaten den steten *Aufstieg der Arbeiterschaft*; das Proletariat wurde entproletarisiert. Der Kapitalismus machte aus Bettlern Arbeiter — das Wort stammt von Jean Jaurs, dem großen Führer der französischen Sozialdemokraten vor dem ersten Weltkrieg. Die überlieferte Wirtschaftsordnung, deren Ende man mit diesem vorausgesagt hatte, bewies in den beiden Katastrophen, welche die Welt erschütterten, und in den Krisen, die ihnen folgten, eine Widerstandskraft, eine Anpassungs- und *Leistungsfähigkeit*, die sogar ihre Anhänger erstaunten.

Was aber geschah in den Ländern, die sozialistisch regiert und verwaltet wurden? Im kommunistischen Rußland und in den östlichen *Volksdemokratien* besteht die grote, rücksichtslos gehandhabte Konzentration der Macht in einer Hand. Sie schuf die Stachanowarbeiter und ersetzte den freien Arbeitsvertrag mit der Zwangsarbeit. Nachlässigkeit bestraft sie mit dem Tode. Streiks sind Staatsverbrechen. Es entstand die kleine bevorzugte Klasse der Partei- und Staatsfunktionäre; die große Masse der Arbeiter vegetiert kmmertlich dahin. Aber auch wo mit den Sozialisierungen mehr Maß gehalten wurde oder wo man sich mit der *staatlichen Lenkung* und Pla-

nung begnügte, bestimmt der Staat weitgehend Tun und Lassen der Bürger. Gleichzeitig gehen der wirtschaftliche Ertrag und die Lebenshaltung zurück. Je mehr sich der Staat in die Wirtschaft einmischte, desto mehr blieb diese gegenüber den freien Ländern im Rückstand. Die Erhöhung des Standards und seine Aufrechterhaltung waren nur möglich dank den Milliarden, die jenem die kapitalistischen Vereinigten Staaten mit der Marshallhilfe zur Verfügung stellten. *Je sozialistischer* sich ein Regime gebärdete, *desto unfreier* wurden die Menschen.

Wie aber verhält es sich mit der Befriedung der Welt durch die kommunistisch-sozialistischen Praktiker? Europa erlebte nie so lange Zeiten des *Friedens* wie im Jahrhundert zwischen dem Wiener Kongreß und dem ersten Weltkrieg, «das heißt gerade in der Zeit, in welcher der Kapitalismus zur Herrschaft kam», wurde von einem sozialdemokratischen Geschichtsschreiber anerkannt. Erst die kapitalistische Welt hat überhaupt den Versuch einer Organisation zur Erhaltung des Friedens gemacht. Wenn weder der Völkerbund, noch die Vereinten Nationen ihr Ziel erreichten, dann sei das «nicht die Schuld der Staaten, die man als echt kapitalistisch bezeichnen kann». Als noch nach dem Überfall in Korea einzelne sozialdemokratische Zeitungen in der Schweiz glaubten, für alles kriegerische Geschehen den Kapitalismus verantwortlich machen zu können, riet ihnen die «Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterzeitung», etwas Umschau zu halten: dann werden sie ein mächtiges Land entdecken, das den Kapitalismus radikal ausgemerzt hat. Aber statt dem Frieden zu dienen, verängstigt es die friedliebenden Länder;

«wenn wir uns heute noch leisten können, statt nur an Nahrung, Unterkunft und Bomben auch noch an ein Buch, an Weekendfreuden oder an den nächsten Sportanlaß zu denken, dann haben wir das in erster Linie dem sich gezwungenermaßen jetzt entfaltenden Machtpotential Amerikas und nicht der antikapitalistischen Macht par excellence zu verdanken».

So wurde der *Glaube der Völker* an die Segnungen des Kollektivismus, wo immer sie sich nach dem zweiten Weltkrieg vertrauensvoll dem Sozialismus und seinen Parteien zugewandt hatten, rasch *erschüttert*. In den letzten Jahren wandten sie sich zusehends von ihnen und ihren Programmen ab, sobald sie in Freiheit wählen konnten. Die «Phase der Verwirklichung» hat auch prominente *sozialdemokratische Führer ernüchtert*. In der Proklamation des «demokratischen Sozialismus» glüht nicht mehr das Feuer der Frühzeit der Internationale. Sie enthält keine umstürzlerischen Forderungen. Im politischen Teil setzt sie sich für die Erhaltung der vom Kommunismus preisgegebenen und bedrohten Rechte der alten westlichen Demokratien ein. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet begnügt

sie sich mit Reformen, für welche neben liberalen Nationalökonomien und Sozialpolitikern schon vor achtzig Jahren rechtsstehende Sozialdemokraten gekämpft haben. Sie waren deswegen von ihren marxistischen Parteigenossen als «Kathedersozialisten» verspottet worden.

Die neue Phase

die nach der Meinung des Sekretärs der internationalen sozialistischen Konferenz die Frankfurter Tagung in der Geschichte der Internationale eingeleitet hat, ist gekennzeichnet durch eine klare *Absage an den Kommunismus*. Sie war längst fällig. Schon die Gründung der dritten Internationale vor drei Jahrzehnten in Moskau hätte Veranlassung zur ideologischen Klärung in den Reihen der zweiten Internationale geben sollen. Statt dessen arbeiteten ihre führenden Genossen dem Kommunismus gegenüber eher auf eine Verwischung der Gegensätze und Grenzen hin, gestand der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in einer Vorschau zum Kongreß. Erst der schonungslose Bruderkrieg in der Zwischenkriegszeit, im zweiten Weltkrieg und seither, die blutige Verfolgung und Unterdrückung der Sozialdemokraten durch die Kommunisten in den Volksdemokratien hat die Scheidung der Geister gebracht.

Bis dahin galt, was Robert Grimm in seiner «Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz» niedergelegt hat: daß Sozialismus und Kommunismus als Lehre übereinstimmen, daß es sich um zwei verschiedene Worte um einen und *denselben Begriff* handle. Worin sie sich unterscheiden, sei die Beurteilung des Weges, der zum Ziele führt und der Bedingungen, unter denen sich der Befreiungskampf der Arbeiter vollziehe. Heute wird deklariert, der Kommunismus stehe «in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus».

Daraus könnte der kritische Geist des Anti-Marxismus ableiten, die neue Internationale beanspruche selbst, die berufene Bannerträgerin des Marxismus zu sein, dessen Ziel immer die Aufhebung des Privateigentums und dessen Methode der Klassenkampf des Proletariates war. Wenn der Kongreß von Ende Juni nicht nur einen Wendepunkt, «sondern der Anfang eines neuen Beginns» sein soll (Dr. Hans Oprecht), dann ist aufschlußreicher als die Absage an den Kommunismus, nur weil dieser die Lehre von Marx mißdeutete, was der *Sozialismus der Sozialdemokraten* will und was nicht.

Unter den politischen Zielen nennt er die *Bürger- und Menschenrechte* sowie die Freiheiten, welche die französische Revolution von 1789 der Welt bescherte. Die Verpflichtung der ersten internationalen Arbeiter-Association zur Anerkennung der Menschen- und

Bürgerrechte hatte Karl Marx seinerzeit nur widerwillig in die Statuten aufgenommen. Er placierte sie so, «daß es keinen Schaden tun kann», schrieb er Engels²⁾. Walter Lippmann charakterisierte die Haltung der Marxisten gegenüber den Freiheitsrechten:

«Man hatte dem Volke Wohlstand, Sicherheit und Frieden versprochen, wenn es sich des Erbes der Freiheit und seiner Menschenwürde begibt. Die Versprechungen werden aber nicht gehalten. Während des Aufstieges des Kollektivismus geriet die Menschheit immer tiefer in Unordnung und Zwietracht hinein und sah ihre Hoffnungen immer mehr enttäuscht»³⁾.

Daß sich die sozialistische Internationale heute zu den Rechten der Menschen bekennt, die sie während langer Zeit vernachlässigt und verraten hat, bildet einen größeren Triumph der freien Welt, als die ihr vorangegangene Auflehnung der Wähler gegen die Kündler des Kollektivismus. Im *Sozialen* setzt sich die Kundgebung für jenen Wohlfahrtsstaat ein, den sukzessive auch die nicht-sozialistischen Gemeinwesen verwirklicht haben und den weiter auszubauen sie bestrebt sind. Im *Wirtschaftlichen* aber verleugnet sie, was früher das sozialistische Evangelium war, wenn darin erklärt wird:

«Sozialistische Planung erfordert *nicht* die *Kollektivierung* aller Produktionsmittel; sie ist vereinbar mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten, so zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel und in der Klein- und Mittelindustrie».

«Sozialistische *Wirtschaftsplanung* bedeutet *nicht*, daß alle wirtschaftlichen Entscheidungen von der Regierung oder *zentralen Behörden* getroffen werden».

«Die Staatsbürger sollen durch ihre Verbände und durch *individuelle Initiative* im Produktionsprozeß mitwirken und dadurch das Aufkommen einer staatlichen oder privaten Bürokratie verhindern».

Im Gegensatz zu den früheren Kundgebungen der Internationale, da sie noch an Berufung und Sieg des Marxismus glaubte, entbehrt die Frankfurter Erklärung jeder umstürzlerischen und originellen Vorschläge für die künftige Gestaltung der Gesellschaft. Sie ist eine bloße Empfehlung zur Ausführung dessen, was *bereits Rechtens* und Übung ist in den nicht-sozialistischen Staaten. In dieser *Bescheidung* erblicken wir das neue Beginnen, von dem Dr. Oprecht gesprochen hat. Wenn es der neuen Internationale damit ernst ist, wenn sie sich wirklich frei macht von der sturen Dogmatik und den klassenmäßigen Ressentiments, die sie früher beherrschten, dann eröffnet der Frankfurter Kongreß erfreuliche Perspektiven für eine fruchtbare Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Gruppen und sozialen Schichten.

²⁾ Briefwechsel zwischen Engels und Marx, III, S. 188.

³⁾ Walter Lippmann: «Die Gesellschaft freier Menschen», S. 491.

Der schweizerische Standort

Auch die Delegierten der *Sozialdemokratischen Partei* der Schweiz, unter ihnen deren Präsident und der Chef der Fraktion der Bundesversammlung, haben der Frankfurter Erklärung zugestimmt. Es heißt sogar, sie hätten an ihrer Gestaltung einen wesentlichen Anteil. Dann aber hat sich innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie eine große Wandlung vollzogen.

Noch vor wenigen Jahren, als der amerikanische Präsident die Niederwerfung der Diktatur des Dritten Reiches als «Sieg einer Lebensart über die andere» feierte, erklärte Nationalrat *Oprecht* in einer Wahlversammlung zum Machtkampf zwischen der amerikanischen Demokratie und der russischen Diktatur: «Unsere Sympathien gehören der Sowjetunion». Wo immer es galt, die «bürgerlich-kapitalistische Demokratie» zu schwächen, verbündeten sich die Sozialdemokraten noch vor kurzem mit den Kommunisten. Selbst als der Überfall in Korea die ganze freie Welt zur Aufrüstung gegen den Kommunismus entflammte, konnte man in sozialdemokratischen Zeitungen lesen: «Der Feind steht rechts»!

Nur wenige Tage nach der Frankfurter Konferenz nahm die schweizerische Partei zu den Nationalratswahlen Stellung. Man vernahm die alten *klassenkämpferischen Töne*, und im Stil des durch die Geschichte längst widerlegten kommunistischen Manifestes und der Inauguraladresse von anno dazumal behauptete der offizielle Aufruf: «*Not und Elend nehmen zu*»! Verantwortlich für diese angebliche Ausbreitung des Elendes sei die «staats- und volksfeindliche Politik der sogenannten freien Wirtschaft». Sie wollen unsere Sozialdemokraten brechen mit der kollektivistischen Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte des Landes und ihrer Kontrolle, mit einem Wirtschaftsrat, mit der staatlichen Lenkung und Kontrolle der kapitalistischen Unternehmungen — «darum wählt Sozialdemokraten»!

So täuschen die schweizerischen Sozialdemokraten immer noch den Glauben an eine bessere kollektivistische Ordnung vor, welcher der sozialistischen Internationale im Anschauungsunterricht des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehens der letzten Jahre weitgehend abhanden gekommen ist. In der Schweiz begann die *Abkehr vom Kollektivismus* schon vor seiner Verwirklichung. Obschon das Versammlungs- und Vereinsrecht dem Lohnverdiener die Möglichkeit gibt, sich mit seinem Arbeitskollegen zu verbinden, obschon die Pressefreiheit die unbeschränkte Ausbreitung des sozialistischen Gedankengutes gestattet, trotz des völlig freien Wahl- und Stimmrechtes ferner, gelang es nie, alle oder auch nur einen größeren Teil der Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, geben sogar sozialdemokratische Beobachter zu.

Tatsächlich glauben auch die schweizerischen Sozialdemokraten nicht mehr an ihre neue Gesellschaftsordnung. Sie hegen nicht einmal mehr die Hoffnung, bei den *eidgenössischen Wahlen* die Mehrheit und damit ein politisches Übergewicht zu erlangen. Sie wären zufrieden, wenn sie nur wieder zur stärksten Fraktion aufrücken würden, nachdem sie vor vier Jahren einen Zehntel ihrer Vertretung eingebüßt haben und von den Freisinnigen überflügelt wurden. Der Schweizer zieht «die helvetische Taube in der Hand dem sozialistischen Storch auf dem Dache vor» — was der heutige Regierungsrat Dr. Meierhans bei den letzten Erneuerungswahlen zur Deziemierung der sozialdemokratischen Vertretung des Nationalrates geschrieben hat, gilt auch heute noch.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die unabhängige englische Wochenzeitschrift «*Time and Tide*» vom 4. August 1951 stellt in ihrem Leitartikel unter der Überschrift «*Die Regierung klammert sich an ihr Amt*» fest, daß kein einziges der großen Probleme, vor die sich die britische Nation gestellt sehe, bei Beginn der parlamentarischen Sommerferien gelöst sei. Die letzten Monate gehörten nach Ansicht von «*Time und Tide*» zu den ungünstigsten in der ganzen bisherigen Amtszeit der gegenwärtigen Regierung und noch immer sei kein Ende dieses Regimes ohne Autorität und Prestige abzusehen.

Der Artikel kritisiert sodann sehr scharf gewisse innenpolitische Vorgänge, wobei u. a. festgestellt wird, daß der fragwürdige Dr. Dalton zunehmenden Einfluß im Kabinett erhalte und der Finanzminister Gaitskell aufgehört habe, der Liebling der City of London zu sein, nachdem er mit dem Dividendenstop eine Maßnahme nicht verschmäht habe, die keinem anderen Zweck diene, wie das Parteivolk zu befriedigen, weil sie die Reichen einmal mehr ausquetsche. Hauptsächlich aber geißelt der Leitartikel das hilflose Benehmen und die Kurslosigkeit der Regierung in der Außenpolitik. Auf diesem Gebiete habe sie noch viel schwerwiegendere Fehlgriffe getan als auf innenpolitischem. «Zu keiner Zeit in der neueren Geschichte war der Name und das Prestige Großbritanniens im Nahen und Mittleren Osten tiefer im Kurs als heute. Kein Wort, das in diesen Wochen von der Regierungsbank aus gefallen ist, war geeignet, unser Ansehen auch nur um einen Zentimeter aus dem Sumpf von Verachtung zu heben, in den es gesunken ist. Zu den besten Zeiten Mr. Bevens hat Großbritannien im Mittleren Osten wenigstens eine bestimmte politische Linie eingehalten. . . Heute aber ist nicht der geringste Schatten einer Politik festzustellen; Hartnäckigkeit hat die Regierung nur im Laufenlassen der Dinge, Energie nur im Nichtstun». Sie tue nichts anderes als schwach und kraftlos den Takt zu einer Melodie zu schlagen, die andere anstimmten. Die ganze kritische Entwicklung sowohl in Persien als in Syrien wäre nicht passiert, hätte die britische Regierung Entschlußfreudigkeit, Ausdauer und Klugheit in der Geschäftsführung mit den Völkern des Mittleren Ostens in den letzten Jahren an den Tag gelegt. Der Artikel zollt dem Verlangen Churchills Beifall, wonach das Parlament unverzüglich einzu-